

CHRIST KLEP, *Uruzgan – Nederlandse militairen op missie, 2005–2010*, Amsterdam 2011.

IN DER NIEDERLÄNDISCHEN AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK beherrschte vor allem ein Thema die Schlagzeilen der vergangenen Jahre: Der von 2006 bis 2010 im Rahmen der ISAF-Mission durchgeführte Einsatz der Niederlande in der afghanischen Provinz Uruzgan.¹ Hierbei handelte es sich um den größten niederländischen Militäreinsatz seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Öffentliche Debatten beschäftigten sich über Jahre mit Sinn und Zweck des Einsatzes, aber auch mit den hohen Kosten und den Opfern: 22 Niederländer verloren ihr Leben, Dutzende wurden verletzt, Hunderte traumatisiert. Anfang 2010 zerbrach schließlich die Regierung Balkenende IV (2007–2010) an einer hitzigen Diskussion über die Mandatsverlängerung. Am Ende desselben Jahres wurden alle Kampftruppen wieder abgezogen. War der vierjährige Einsatz diesen hohen Preis an Menschenleben und politischen Konflikten wert? Hätten einige Probleme und Gefahren nicht schon im Vorhinein erkannt werden können, so dass sich zumindest die Regierungsparteien dauerhaft über Sinn und Zweck des Ganzen einig gewesen wären?

In den Niederlanden glaubte man, eine Antwort auf derartige, mit einem Militäreinsatz einhergehende Fragen gefunden zu haben: Eine stärkere Beteiligung des Parlaments am außenpolitischen Entscheidungsprozess. Artikel 100 der Verfassung besagt, dass die Regierung vor jedem Beschluss, Soldaten ins Ausland zu schicken, das Parlament zu konsultieren hat. Informiert werden die Abgeordneten vom Kabinett mit dem so genannten »Artikel-100-Brief«. De jure ist dies zwar nur eine bloße Informationspflicht, de facto hat sich mittlerweile jedoch eine Zustimmungspflicht des Parlaments per Mehrheitsentscheidung etabliert. Innerhalb dieses Prozesses wird jeder Einsatz anhand verschiedener Fragekriterien (wie Einsatzzweck, -dauer und -kosten) geprüft, bevor die Abgeordneten ihr Votum abgeben.

1 Weiterführende Informationen zu diesem Thema bieten die Beiträge im letzten Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien.

Als direkte Reaktion auf das Desaster von Srebrenica, wo niederländische Soldaten unter UNO-Mandat einen Völkermord nicht verhindern konnten, versuchte das Land auf diese Weise, die Risiken und Gefahren künftiger Militärmissionen realistischer einschätzen zu können.

Nach dem Ende der niederländischen Afghanistanmission stellt sich nun die Frage, ob die Einführung des »Artikel-100-Briefs« den außenpolitischen Entscheidungsprozess tatsächlich verbessert hat. Diesem Thema widmet sich Christ Klep in seinem neuen Buch *Uruzgan – Nederlandse militairen op missie, 2005–2010*. Klep geht es dabei nicht – wie der Titel des Buchs suggeriert – in erster Linie um militärische Aspekte. Vielmehr liefert der Historiker eine Gesamtbewertung der niederländischen Friedensmission aus politischer, historischer *und* militärischer Sicht.

Zunächst bietet der Autor einen chronologischen Überblick über die Mission von ihrer politischen Entstehung Mitte der 2000er Jahre bis zu ihrem Ende im Jahr 2010. Hatten die Niederlande anfangs noch Bedenken, sich im großen Stil in Afghanistan zu beteiligen und beschränkten sich auf den Einsatz so genannter *Special Forces*, so drehte sich die politische Stimmung in Den Haag schließlich zu Gunsten eines umfassenderen Engagements. Die Gründe dafür macht Klep vor allem an den Erwartungen der NATO und am Geltungsdrang niederländischer Politiker fest, die mit der Verantwortung und Loyalität des Landes gegenüber ihren internationalen Partnern argumentierten.

Klep hat in den vergangenen Jahren mehrfach zum Thema Friedensmissionen publiziert und beweist auch in seinem neuen Buch eine große Sachkenntnis. Immer wieder stellt er die Ereignisse, die zur Uruzgan-Mission geführt haben, in den größeren politischen und historischen Zusammenhang. Er kommt dabei auf vergangene Fälle wie Srebrenica zurück und vergleicht die damaligen politischen Konstellationen mit denen neuerem Datums. Auch die internationalen Rahmenbedingungen werden von ihm stets berücksichtigt. Klep versteht es geschickt, die drei Ebenen Politik, Geschichte und Internationale Beziehungen miteinander zu verzahnen wodurch eine runde Gesamtanalyse entsteht. Als Quellen dienten ihm vor allem öffentlich zugängliche Informationen, unter anderem Dokumente der US-amerikanischen Botschaft in Den Haag, die auf der Internetseite *Wikileaks* veröffentlicht wurden. Aber auch zahlreiche Gespräche, die der Autor in den vergangenen Jahren mit Militärs, Politikern, Diplomaten und Wissenschaftlern geführt hat, wurden verarbeitet.

Nach der historischen Übersicht folgt eine Analyse des politischen Entscheidungsprozesses, der zum Afghanistaneinsatz führte. Klep zeigt mit Hilfe einiger Fallstudien (wie der Behandlung von Gefangenen und des Einsatzes von *Special Forces* an der US-amerikanischen Operation *Enduring Freedom*), dass die Beteiligung des niederländischen Parlaments an Entscheidungen über Auslandsmissionen in der Praxis sehr begrenzt ist. Außenpolitik ist Klep zufolge nach wie vor das Feld

politischer Eliten und Fachexperten und nicht Gegenstand breiter öffentlicher Debatten. Die Balkenende-Regierung sei in der Lage gewesen, die demokratischen Beteiligungsinstrumente des Parlaments in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Sie habe die politische Debatte in die gewünschte Richtung gelenkt und einer offenen, sachlichen und intensiven Diskussion entgegengewirkt. Die Einführung des »Artikel 100-Briefs« habe die Beschlussfassung letztlich verkompliziert aber nicht verbessert. Im Falle Uruzgans habe der Regierungsbeschluss schon vor der Konsultierung des Parlaments festgestanden, sodass eine intensive Prüfung des Einsatzes nicht stattgefunden habe.

Hiermit spricht Klep ein verbreitetes Problem in der modernen Außenpolitik an. Zwar ist in vielen demokratischen Ländern, unter anderem auch in Deutschland, eine Beteiligung des Parlaments an solchen Entscheidungen vorgesehen. Letzten Endes bleibt in der Öffentlichkeit aber oft der Eindruck haften, dass die Regierung bereits vor der Parlamentsdebatte eine Entscheidung zugunsten eines Militäreinsatzes getroffen hat und diese nur nachträglich legitimieren möchte. Daraus ergibt sich ein Dilemma zwischen der notwendigen Handlungsfähigkeit einer Regierung und der demokratischen Legitimierung ihrer Entscheidungen. Studien über die niederländische Afghanistanmission und die Qualität ihres demokratischen Entscheidungsprozesses sind jedoch bisher rar, weshalb Kleps Buch einen wichtigen Beitrag zu dieser Debatte leistet.

Im letzten Drittel von *Uruzgan – Nederlandse militairen op missie* widmet sich der Verfasser dem militärischen Einsatz selbst. Im Fokus steht das Selbstbild der Soldaten während der Mission. Eine wichtige Rolle spielt der von NATO-Generälen stark gelobte *Dutch Approach*: Die niederländische Armee habe sich in Uruzgan vor allem durch ihren Respekt vor der afghanischen Kultur, ihrem zurückhaltenden Auftreten und ihrem geduldigen Umgang mit den Einheimischen ausgezeichnet. Dieses Vorgehen müsse eine Vorbildfunktion für die gesamte ISAF-Truppe haben. Das Selbstbild der niederländischen Soldaten ist dagegen bescheidener. Sie sehen ihren *Dutch Approach* keineswegs als einzigartig an – andere NATO-Länder hätten sich ähnlich verhalten, berichtet Klep.

In der niederländischen Politik wurden lange Zeit vor allem vereinzelte entwicklungspolitische Hilfsmaßnahmen der Soldaten in den Vordergrund gestellt. Dadurch entstand der Eindruck, die niederländische Armee bestehe im Wesentlichen aus Entwicklungshelfern in Uniform. Die Regierung nutzte dieses Helferimage, um Stimmung für den Einsatz zu machen. Doch das Stationierungsgebiet in der Mitte Afghanistans wurde immer gefährlicher. Im Jahr 2007 fand das größte Gefecht niederländischer Bodentruppen seit dem Ende des Koreakriegs statt. Klep behandelt diesen Kampf um die Stadt Chora ausführlich und verwendet ihn als Beispiel für das falsche Bild, das einige Politiker in der Öffentlichkeit präsentierten. Dazu passt es sehr gut, dass die Soldaten selbst Afghanistan ganz klar als Kriegsgebiet wahrnahmen und sich nicht mit Entwicklungshelfern vergleichen wollten.

Christ Klep gelangt zu dem Schluss, dass die Friedensmission in den Niederlanden zwar als politischer Erfolg verkauft wurde, sie bei genauerem Hinsehen aber gerade nicht als erfolgreich bezeichnet werden kann. Denn für ein positives Fazit, gemessen an den ursprünglichen Zielen »Demokratisierung« und »Frieden in Afghanistan«, würde es noch Jahrzehnte an harter Arbeit in Uruzgan brauchen. Eine Abgabe von Kompetenzen an afghanische Institutionen, wie sie gegen Ende des Mandats zunehmend umgesetzt wurde, sei zwar in der Tat positiv zu bewerten – allerdings sei fraglich, ob die Sicherheitslage in den kommenden Jahren stabil bleibt. Dass die Arbeit der Niederländer nach dem Abzug langfristige Erfolge erzielen könne, daran hegt der Autor zu Recht große Zweifel.

Das Buch konzentriert sich in seiner Analyse weitgehend auf das Regierungshandeln. Die Parlamentsdebatte über den Einsatz oder die Mandatsverlängerung werden somit nicht im Einzelnen untersucht.² Dem Leser stellt sich damit die Frage, warum sich das Parlament den Regierungsentscheidungen so einfach gefügt hat. Diese Frage wird nicht diskutiert, was schade ist, denn bei Einbeziehung dieses Aspektes wäre Klep vielleicht zu einem differenzierteren Gesamturteil gelangt und hätte auch die Rolle des Parlaments eingehender bewerten können. Der Autor vertritt nämlich gleichzeitig die These, dass das Militär in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend zu einem gängigen Instrument niederländischer Außenpolitik gemacht wurde. Was diese These im Einzelnen bedeutet und wie sie moralisch und politisch zu bewerten ist, lässt er aber weitgehend offen. Zwar interpretiert er die Motive der Entscheidungsträger, Soldaten nach Uruzgan zu schicken, aber ob die Niederlande damit nun kriegerische Politik betrieben oder nur versuchten, die internationale Rechtsordnung zu wahren, lässt er unbeantwortet. Bedauerlich ist auch, dass er keine wirklichen Auswege aus den untersuchten Problemen formuliert. So belegt der Autor zwar überzeugend die unzureichenden Beteiligungsformen des Parlaments in der Außenpolitik, aber er hätte zugleich auch Lösungsansätze zu dieser »Krise« entwickeln können.

Im Großen und Ganzen hat Christ Klep mit *Uruzgan – Nederlandse militairen op missie* jedoch ein gut recherchiertes und angenehm zu lesendes Buch vorgelegt, das sowohl für Laien als auch für Fachleute gut geeignet ist. Es liefert eine breite Analyse der außenpolitischen Entscheidungsprozesse aus Regierungsperspektive und zeigt damit, auf welche Art und Weise der Uruzgan-Einsatz zustande gekommen und wie er zu bewerten ist. Zudem ist *Uruzgan – Nederlandse militairen op missie* das erste Buch, das sich nach Ende der niederländischen Friedensmission dem Thema aus einer politisch-militärischen Gesamtsicht widmet. Schon deswegen wird niemand an Kleps Publikation vorbeikommen.

Andreas Werner

2 Siehe hierzu: J. HOLTHAUSEN, *Der »Fall« Uruzgan. Politische und militärische Aspekte des niederländischen Einsatzes in Afghanistan (2006–2010)*, Münster 2012.